



vielfalt familie

Zeitschrift des Zukunftsforum Familie (ZFF)

Ausgabe 31 | September 2021



**ZUSAMMEN-
HALTEN!**

**SORGEARBEIT SOZIAL UND
GESCHLECHTERGERECHT ABSICHERN!**

Der Parteien-Check zur Bundestagswahl 2021

Thema: Bundestagswahl 2021: Ein Blick auf die Wahlprogramme der Parteien / Rückblick Fachtagung „Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“ / Wechsel an der Spitze von ZFF und AWO



© SPD-Landtagsfraktion NRW/Mirko Raatz

Liebe Leser*innen,

wir blicken gespannt auf die Bundestagswahl, die für Kinder, Jugendliche und Familien wesentliche Veränderungen mit sich bringen kann. Gelingt der Einstieg in eine Kindergrund-sicherung? Stellt die Bundespolitik die Wei-chen für eine partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Wird die notwendige Modernisierung des Familienrechts umgesetzt, die Benachteiligungen für Regenbogenfamilien beseitigt? Haben wir aus der Pandemie gelernt und stärken Beteiligung, Schutz und Förderung von Kindern und Jugendlichen?

Unter dem Slogan „Sorgearbeit sozial und geschlechtergerecht absichern“ begleitet das ZFF den Bundestagswahlkampf und hat unter diesen Vorzeichen die Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien unter die Lupe genommen. Daneben finden Sie in der vorliegenden Ausgabe Beiträge zur Situation von Familienbildung in der Pandemie und einen Rückblick auf unsere Fachtagung zur Verein-barkeit von Familie, Pflege und Beruf.

Für mich ist dies die erste Ausgabe der „viel-falt familie“, die ich als Vorsitzende des ZFF begleite. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die mich in dieser Aufgabe so herzlich empfangen haben.

Auf gute Zusammenarbeit
und viel Freude bei der Lektüre!

Ihre/Eure
Britta Altenkamp, Vorsitzende ZFF

 zukunftsforum
familie e.v.

Schwerpunkt

Bundestagswahl 2021

Zusammenhalten! Sorgearbeit sozial und geschlechtergerecht absichern

Die Übernahme von familiärer Sorgeverantwortung bildet die Grund-lage des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Haushalt, Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen sind keine reine Privatsache, sondern eine politische Frage des sozialen Miteinanders. Das heißt auch: Famili- en fordern Rahmenbedingungen, die ihrer Vielfalt entsprechen. Denn: Familie ist für uns überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken. Auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie steht die Politik vor der Aufgabe, gute Bedingungen für Sorgearbeit zu schaffen. Im Bun-destagswahlkampf 2021 heißt es für uns daher: Sorgearbeit sozial und geschlechtergerecht absichern!

Unter vier zentralen Forderungen haben wir einen Blick in die Wahlprogramme der aktuell im Bundestag vertretenen demokrati- schen Parteien geworfen. Zudem haben wir das Programm der AfD analysiert, um deren reaktionäres Familienbild aufzuzeigen.

 ZFF-Forderung 1

Sorgearbeit sozial und geschlechtergerecht absichern

Für das ZFF liegt es in öffentlicher Verantwortung, gute Rahmenbedin- gungen für eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Sorge- arbeit zu schaffen. Allen Geschlechtern muss es möglich sein, durch Er- werbstätigkeit eine eigenständige finanzielle und soziale Absicherung zu erreichen. Gleichmaßen müssen auch alle im Sinne von Partner- schaftlichkeit Verantwortung für familiäre Sorge übernehmen können.

Zeitpolitik, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine partner- schaftliche Aufteilung von Sorgearbeit sind zentrale Themen in den Wahlprogrammen der demokratischen Parteien. SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und DIE LINKE haben eine Ausweitung der Kinder-



© Programm / pharos.de

Die Übernahme von familiärer Sorgeverantwortung bildet die Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Haushalt, Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen sind keine reine Privatsache, sondern eine politische Frage des sozialen Miteinanders.

krankentage und eine sozial abgesicherte Freistellung des zweiten Elternteils nach der Geburt in ihre Programme aufgenommen. Die **SPD** schlägt ein Vier-Säulen-Modell für mehr Familienzeit vor, z. B. mit einer Familienarbeitszeit und einer Familienpflegezeit. **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** fordern eine KinderZeit Plus, mit der das Elterngeld ausgeweitet wird. Mit einer neuen Arbeitszeitkultur und einem flexiblen Vollzeitkorridor soll partnerschaftliche und geschlechtergerechte Sorgearbeit gefördert werden. Zudem soll die Pflegezeit Plus allen Erwerbstätigen eine Lohnersatzleistung in Pflegezeiten ermöglichen. **DIE LINKE** will ebenfalls den Elterngeldanspruch ver-

längern und den Mindestbetrag anheben. Außerdem plädiert sie für einen Rechtsanspruch auf familiengerechte Arbeitszeiten und einen Kündigungsschutz für Eltern bis einschließlich des sechsten Lebensjahres des Kindes. Pflegende Angehörige sollen bei vollem Lohnausgleich und unabhängig vom Verwandtschaftsgrad sechs Wochen freigestellt werden können.

Die **FDP** will das Elterngeld entbürokratisieren und digitalisieren sowie den Partnerschaftsbonus flexibilisieren. Mindest- und Maximalbeträge sollen erhöht werden. Führungskräften soll eine zeitlich begrenzte Auszeit ermöglicht werden, während pflegende Angehörige durch den Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen und niedrigschwellige Beratungsangebote entlastet werden sollen.

Die **CDU/CSU** will die Vereinbarkeit von Familie und Beruf u. a. in Führungspositionen verbessern und die Partnermonate beim Elterngeld auf insgesamt 16 Monate ausweiten, wenn beide Elternteile Elternzeit nehmen. Das bestehende Instrument der Zeitwertkonten soll als Familienzeitkonten mehr Zeitsouveränität über das gesamte Berufsleben ermöglichen. Für pflegende Angehörige will die **CDU/CSU** Angebote verbessern und neue Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser etablieren. Bisherige Leistungen der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie Betreuungsleistungen sollen zu einem Budget zusammengefasst werden.

Im Gegensatz dazu legt die **AfD** den Fokus nicht auf Vereinbarkeit, sondern setzt das Modell des männlichen Familienernährers als Norm und will im Sinne einer Aufwertung von Sorgearbeit und Familie eine kinderfreundliche Gesellschaft zum „Staatsziel“ erklären. Der Wiedereinstieg von Eltern in den Beruf soll durch nach Kinderzahl gestaffelte Lohnsubventionen für Arbeitgeber erleichtert werden.

ZFF-Forderung 2

Sorgearbeit sozial gerecht absichern: Kinder- und Familienarmut bekämpfen!

Um allen Kindern ein chancengerechtes Aufwachsen zu ermöglichen, müssen Kinder- und Familienarmut nachhaltig bekämpft werden. Statt Scheingefechten zwischen Geldleistungen und Infrastrukturausbau braucht es beides: ein armuts-sensibles, unterstützendes Förder- und Bildungssystem und sozial gerechte monetäre Leistungen. Mit dem Bündnis **KINDERGRUNDSICHERUNG** setzt sich das ZFF seit 2009 für einen Systemwechsel in der Familienförderung ein.

Die Kindergrundsicherung wird in unterschiedlicher Form in den Wahlprogram-



Ein Blick in die Wahlprogramme der aktuell im Bundestag vertretenen Parteien



men von **SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** und **DIE LINKE** aufgegriffen. Die **SPD** schlägt ein zweigliedriges Modell aus Infrastruktur sowie monetären Leistungen vor. Ein automatisch ausgezahltes Kindergeld, das ausgehend von einem Basisbetrag von 250 Euro nach Familieneinkommen gestaffelt wird, ersetzt den Kinderfreibetrag und bündelt bisherige Leistungen. Im zweiteiligen Modell von **DIE LINKE** wird die Kindergrundsicherung beginnend bei 630 Euro einkommensabhängig bis auf 328 Euro abgeschmolzen. Das entspricht einem erhöhten einkommensunabhängigen Kindergeld, das als Sofortmaßnahme gefordert wird. Die Kindergrundsicherung von **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** besteht aus einem festen Garantie-Betrag sowie einem einkommensabhängigen GarantiePlus-Betrag. So sollen Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag, Sozialgeld für Kinder und Bedarfe für Bildung und Teilhabe zusammengefasst werden.

Die **FDP** schlägt ein Kinderchancengeld aus Grundbetrag, einkommensabhängigem Flexibetrag und nichtmateriellem Chancenpaket vor. Angebote für Bildung und Teilhabe sollen ausgeweitet werden und über ein Kinderchancenportal abrufbar sein.

Die **CDU/CSU** will Familienleistungen wie Kindergeld, Elterngeld und Kinderzuschlag sowie das Bildungs- und Teilhabepaket

vereinfachen, automatisieren und digitalisieren. Perspektivisch strebt die **CDU/CSU** den vollen Grundfreibetrag für Kinder an sowie den Einstieg in ein steuerliches Kindersplitting.

Anders als die demokratischen Parteien will die **AfD** das Kindergeld beibehalten und schlägt ein Familiensplitting sowie eine Anhebung des Kinderfreibetrages vor. Kinderbezogene Ausgaben sollen vollständig absetzbar sein und die Mehrwertsteuer für Kinderartikel auf den reduzierten Satz abgesenkt werden. Junge Familien sollen mit einem Ehe-Start-Kredit bei Familiengründung unterstützt werden.

ZFF-Forderung 3

Sorge in vielfältigen Familienkonstellationen unterstützen

Familienleben ist vielfältig: Biologische, rechtliche und soziale Elternschaft sind nicht zwingend deckungsgleich. Sorge- und Verantwortungsgemeinschaften jenseits „traditioneller Familienkonstellationen“ stoßen aber auf ein Rechtssystem, das sie nicht gleichwertig unterstützt. Ungleichbehandlungen, etwa beim Abstammungsrecht,

müssen behoben werden. Auch Allein- und Getrennterziehende erleben weiterhin gesellschaftliche Benachteiligungen und müssen in ihren individuellen Sorge-Situationen unterstützt werden.

Vor allem **SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE** und **FDP** versprechen Reformen des Abstammungsrechts sowie gesetzliche Regelungen zu Verantwortungsgemeinschaften. Laut **SPD** sollen mit der Verantwortungsgemeinschaft nach dem Vorbild des französischen PACS u. a. Regenbogenfamilien und Mehrelternfamilien unterstützt werden. **DIE LINKE** fordert ein Wahlverwandtschaftsrecht, in dem jede Gemeinschaft Verantwortung füreinander übernehmen darf, die sich einander verbunden fühlt. **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wollen mit dem Pakt für das Zusammenleben eine neue Rechtsform unabhängig von der Ehe einführen und mit der Weiterentwicklung des „kleinen Sorgerechts“ hin zu einem Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung Mehrelternfamilien und soziale Elternschaft stärken. Auch die **FDP** will die Verantwortungsgemeinschaft einführen und Mehrelternfamilien rechtlich absichern.

Laut **SPD** soll das Abstammungsrecht reformiert werden, damit gleichgeschlechtliche

Partner*innen in der Ehe gleiche Rechte erhalten. **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** fordern zusätzlich, dass das Abstammungsrecht die Elternschaft von Menschen mit Geschlechtseintrag „divers“ berücksichtigt wird. Auch **DIE LINKE** plädiert für die rechtliche Anerkennung der Co-Elternschaft sowie von Trans*, intergeschlechtlichen und nicht-binären Eltern. Die Ehefrau der leiblichen Mutter soll laut **FDP** von Geburt an automatisch rechtlich zweite Mutter sein. Adoptionen will die **FDP** auch un-
verheirateten Paaren ermöglichen.

Im Gegensatz dazu vertritt die **AfD** ein biologistisches Geschlechter- und Familienmodell, das die Familie, bestehend aus Vater, Mutter, Kind, als „Keimzelle der Gesellschaft“ postuliert. Sie lehnt die Anerkennung von vielfältigen Geschlechter- und Familienbildern ab.

SPD und **FDP** fordern die Abschaffung von Paragraph 219a, **DIE LINKE** plädiert für eine umfassende Streichung der Paragraphen 218 bis 219b. Auch **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** plädieren für einen selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafrechts.

In Kontrast dazu spricht sich die **AfD** in ihrem Programm für einen stark eingeschränkten Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und einen restriktiven Umgang mit reproduktiven Rechten aus.

Im Sorge- und Umgangsrecht soll laut **DIE LINKE** das Kindeswohl weiterhin im Einzelfall geprüft werden. Da Gewalt gegen die Mutter dieses jedoch massiv gefährde, müs-

se Gewaltschutz oberste Priorität haben. **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wollen für getrennt erziehende Eltern einen Umgangsmehrbedarf einführen. Das Betreuungsmodell soll sich im Einzelfall am Kindeswohl orientieren und nicht schematisch definiert sein. Die **CDU/CSU** will die familienrechtlichen Vorschriften im Unterhalts-, Sorge- und Umgangsrecht mit Fokus auf das Kindeswohl anpassen.

Anders als die demokratischen Parteien betont die **AfD** bei Trennungsfamilien die Vorrangstellung von Vätern und kritisiert die Reform des Familienrechts aus dem Jahr 1977.




ZFF-Forderung 4

Familiäre Sorge durch infrastrukturelle Unterstützung und Begleitung absichern

Familien sind auf bedarfsgerechte infrastrukturelle Rahmenbedingungen angewiesen. Die Bereitstellung von guten Bildungs-, Betreuungs- und Service-Infrastrukturen sowie Angeboten der Familienbildung ist eine grundlegende Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe und die autonome Lebensführung aller Familien.

Die **SPD** will infrastrukturelle Verbesserungen als Teil einer Kindergrundsicherung umsetzen: beitragsfreie Kitas, Ganztagsangebot für alle Schulkinder, freie Nutzung

des ÖPNV sowie ein Recht auf Mobilität vor allem für den ländlichen Raum. **DIE LINKE** fordert ebenfalls im Rahmen einer Kindergrundsicherung verbesserte infrastrukturelle Angebote, die niedrigschwellig, barrierefrei, wohnortnah und möglichst gebührenfrei sein sollen. Für Kinder und Jugendliche soll ein Rechtsanspruch auf soziale Teilhabe eingeführt werden. Zudem setzt sich **DIE LINKE** für eine flächendeckende gebührenfreie Ganztagsbetreuung mit entsprechendem Rechtsanspruch ein. **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wollen ebenfalls die KiTA-Betreuung verbessern und Angebote zur Kinderbetreuung bei Schicht- und Wochenendarbeit schaffen. Zudem bekräftigen sie das Recht auf einen Ganztagsplatz für jedes Grundschulkind. Die **CDU/CSU** postuliert ähnlich der **FDP** ein Aufstiegsversprechen für alle unabhängig von sozialer Herkunft. Eltern und Kinder sollen daher ein Recht auf eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung haben. Die **CDU/CSU** will den Kita-Ausbau und die Qualitätsentwicklung über 2022 hinaus weiter fördern. Die **FDP** will Schulen und Kitas finanziell stärken indem ein Sockelbetrag, Bildungsgutscheine und ein „German Dream“-Zuschuss für Kinder mit niedrigem sozioökonomischem Status eingeführt werden.

Die **AfD** will für die ersten drei Jahre ein Betreuungsgeld einführen, um ein vermeintliches „Entwicklungsrisiko“ durch Fremdbetreuung zu vermeiden. 

(Birgit Merkel/Ulrike Mewald)

Die Synopse ist eine Auseinandersetzung des ZFF mit Wahlprogrammen der aktuell im Bundestag vertretenen Parteien zur Bundestagswahl 2021 und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Schwerpunkt

Statements der kinder- und familienpolitischen Sprecher*innen der im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien

*Was sind Ihrer Meinung nach
die drei wichtigsten Bausteine,
um die Sorgearbeit, die Familien dauerhaft
und verlässlich füreinander leisten,
sozial und geschlechtergerecht abzusichern?*

Marcus Weinberg

MdB und Sprecher für Familienpolitik der CDU-Bundestagsfraktion

Sorgearbeit ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Gemeinwohls. Eine geschlechtergerechte Aufteilung und eine soziale Absicherung sind wichtige Voraussetzungen für eine bessere Sichtbarkeit und eine stärkere gesellschaftliche Akzeptanz der Care-Arbeit. Unsere Aufgabe in der Politik ist es, zum einen eine partnerschaftliche Arbeitsteilung zu fördern. Mit der Elternzeitregelung haben wir hier bereits wirksame Maßnahmen getroffen. Das Gesetz zur Brückenteilzeit eröffnet insbesondere Frauen die Möglichkeit, leichter nach einer Teilzeitphase wieder in Vollzeit zu arbeiten. Eine stärkere Flexibilisierung in der Arbeitszeitgestaltung, durch Arbeitszeitkonten

oder Homeoffice würde für viele Paare die Rush Hour des Lebens entzerren und auch Männern verstärkt die Möglichkeit geben, sich stärker in der Kindererziehung zu engagieren. Von Bedeutung ist auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit. Dafür hat sich der Bund unter der Regierungsverantwortung von CDU/CSU massiv am qualitativen und quantitativen Ausbau in der Kinderbetreuung beteiligt. Mit dem beschlossenen Ganztagsförderungsgesetz wollen wir einen Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung auch für Grundschulkindern schaffen. Damit stärken wir Familien und wirken der ungleichen Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit entgegen.



Foto: Dennis Williamson

Sönke Rix

MdB und familienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion



Foto: Martin Neill/Fotoma

Wir setzen uns dafür ein, dass es einfacher wird, bezahlte Erwerbs- und unbezahlte Sorgearbeit gerechter zwischen den Geschlechtern aufzuteilen. Mit unserem Vier-Säulen-Modell für mehr Familienzeit wollen wir Familien finanziell unterstützen und zeitlich entlasten. Neben einer Elternschaftszeit direkt nach der Geburt und mehr Kinderkrankentagen sieht das Modell unter anderem eine Familienarbeitszeit vor. Damit wollen wir Paaren ermöglichen, Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit partnerschaftlich aufzuteilen. Eine Familienpflegezeit soll die Vereinbarkeit von Beruf und die Pflege von Angehörigen

leichter machen. Der Rechtsanspruch auf ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot im Grundschulalter wird zusätzliche Erleichterung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bringen. Für uns ist die faire Verteilung bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Sorgearbeit eine Frage der Gerechtigkeit. Wir wollen, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind. Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit muss selbstverständlich sein. Um die geschlechtsspezifische Lohnlücke weiter zu schließen, legen wir außerdem beim Entgelttransparenzgesetz nach und werten soziale Berufe auf.

Dr. Grigorios Aggelidis

MdB und familienpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion



Foto: Grigorios Aggelidis

Wer in Familien Sorgearbeit leistet, muss oft beruflich und finanziell zurückstecken. Doch es geht auch anders. Wir wollen hierfür die Rahmenbedingungen verbessern und die Familien entlasten: Wir möchten zeit- und ortsflexibles Arbeiten ermöglichen, damit Eltern und Pflegende ihre Zeit flexibler einteilen können, indem wir von der Tagesarbeitszeit auf eine flexibel einteilbare Wochenarbeitszeit umstellen. Gleichzeitig brauchen wir unbürokratische, unkomplizierte Regelungen für Homeoffice und mobiles Arbeiten. Wir möchten die Kinderbetreuung breiter aufstellen, indem

wir Betriebskindergärten steuerlich fördern, den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung auch in der Praxis und perspektivisch ab dem Ende des Mutterschutzes garantieren, die Betreuungszeiten flexibilisieren und ermöglichen, Betreuungskosten steuerlich abzusetzen. Wir möchten die Steuerklassen III und V abschaffen, damit sich in der Steuerklasse IV die Abzugsbeträge beider Ehegatten bzw. Partner und Partnerinnen in eingetragenen Lebenspartnerschaften stärker am jeweiligen Anteil am Bruttoarbeitslohn orientieren. Damit schaffen wir eine größere finanzielle Unabhängigkeit.

Katrin Werner

MdB und familienpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Familien brauchen eine soziale, zukunftsweisende und vor allem krisensichere Familienpolitik. Besonders während der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass die derzeitige Politik der Bundesregierung an den Bedürfnissen von Familien vorbei geht. Wir brauchen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, angefangen mit einem zusätzlichen Elternschutz von zehn Tagen nach Geburt des Kindes, über eine bessere Regelung bei Kinderkrankentagen bis zu einer Arbeitszeitautonomie, die sich nach den Bedürfnissen der Familien richtet und nicht nach den Unternehmen. Daneben müssen Familien besser abgesichert

werden, um Armut zu verhindern. Dazu brauchen wir einen höheren Mindestlohn und eine eigenständige Kindergrundsicherung. Auch die soziale Infrastruktur für Familien muss verbessert werden, angefangen mit einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung. In Deutschland gilt schon lange nicht mehr das Familienbild von Vater, Mutter, Kind. Es gibt eine Vielzahl von Familienkonstellationen und dieser Vielfalt muss Rechnung getragen werden. Daher muss die Vielfalt der Familien besser anerkannt werden. Familiengründungen für Menschen, die Hilfe benötigen, sollten mehr Unterstützung erhalten.



Foto: DIPS/Stein von Saldern

Ekin Deligöz

MdB und Sprecherin für Kinder- und Familienpolitik der Bundestagfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Foto: Martin Elbert

Wir plädieren für drei Änderungsansätze: der Familienförderung, der Ehegattenbesteuerung und der Zeitpolitik. Mit einer automatisierten, armutsfesten Kindergrundsicherung wollen wir Familien bedarfsgerecht fördern. So entlasten wir Eltern gerade mit niedrigen und mittleren Einkommen. Alleinerziehende werden durch eine nur hälftige Anrechnung der Leistung beim Unterhaltsvorschuss zusätzlich unterstützt. Für sie ist zudem eine Steuergutschrift analog zum steuerlichen Entlastungsbetrag einzuführen. Die Lohnsteuerklasse V soll abgeschafft und bei neuen Ehen eine Individualbesteuerung


eingeführt werden. Das Elterngeld wollen wir zur grünen KinderZeit Plus weiterentwickeln, wobei wir je 8 Monate Leistungsbezug pro Elternteil und 8 zur Auswahl zwischen ihnen vorsehen. Die ersten 14 Monate werden als Vollaussgleich, der Rest bei Teilzeit gewährt - aufteilbar bis zum 14. Lebensjahr des Kindes. Zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf streben wir eine neue, lohnersetzennde Leistung ähnlich dem Elterngeld an. Pflegende Angehörige oder Freunde erhalten über die grüne PflegeZeit Plus 3 Monate Lohnersatz bei vollem Berufsausstieg und dann bis zu 33 Monate Unterstützung bei Arbeitszeitreduzierung.

Rückblick

Fachtagung: „Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“

Pflegebedürftige Menschen in Deutschland werden überwiegend zu Hause gepflegt und von Angehörigen versorgt. Das Anliegen, neben der Sorgearbeit einer Berufstätigkeit nachzugehen, trifft allerdings vielfach auf ungenügende Rahmenbedingungen. Dieser familienpolitischen Herausforderung widmete sich das ZFF in Kooperation mit dem AWO Bundesverband in einer gemeinsamen digitalen Veranstaltung.

Ausgangspunkt war dabei die Frage, unter welchen Bedingungen familiäre Pflegeaufgaben mit einem Beruf vereinbart werden und welche (politischen) Vorschläge zur Schaffung guter Rahmenbedingungen aktuell auf dem Tisch liegen. Dabei waren sich die wissenschaftlichen Referent*innen einig, dass es nachhaltige Regelungsinstrumente zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf braucht und plädierten für die Einführung einer Lohnersatzleistung analog

zur Elterngeld- bzw. Elternzeit-Regelung. Daneben wiesen sie auf die wichtige Rolle der Betriebe, der kommunalen Ebene, der sozialen Dienste sowie niedrigschwelliger Beratungs- und Informationsangebote auf dem Weg zu einer pflegefreundlichen Gesellschaft hin. 

(Jürgen Tautz/Lisa Sommer)

Die Dokumentation zur gemeinsamen Veranstaltung „Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“ vom Zukunftsforum Familie e.V. und dem AWO Bundesverband e.V. erscheint im September 2021.




Foto: Stock.com/mphickin/mphickin

Positionspapier

Familienpolitik in der Pandemie

In der Corona-Krise zeigen Familien, dass sie unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhalten: ob bei der Übernahme privater Sorgearbeit durch Kinderbetreuung oder Pflege, ob durch Homeschooling, Homeoffice oder solidarische Nachbarschaftshilfe. Auch Kinder und Jugendliche haben durch die Einhaltung von Hygienemaßnahmen und Kontaktbeschränkungen dazu beigetragen, die Pandemie einzudämmen. Zwar wurden einige staatliche Maßnahmen zur Unterstützung gestrickt, allerdings waren vor allem arme Familien und Menschen mit privater Sorge-

verantwortung weitgehend auf sich allein gestellt. Frauen trugen die Hauptlast der zusätzlichen Sorgearbeit und Kinder konnten ihre Rechte auf Förderung, Schutz und Beteiligung kaum wahrnehmen.

Das ZFF stand von Beginn der Krise in engem Austausch mit seinen Mitgliedern, um zu erfahren, welchen Unterstützungsbedarf Familien formulieren. Zusammengefasst haben wir unsere Erkenntnisse u. a. in dem Positionspapier **„Familien auch in Krisenzeiten gut absichern!“**, das auf unserer Homepage abrufbar ist. 

(Wolfgang Jörg/Alexander Nöhring)



Familienbildung in der Pandemie

Es braucht ein Dorf, um Familien zu fördern

Eltern tragen während der Corona-Krise zusätzliche systemrelevante Verantwortung, die in ihrem bisherigen Alltag weder Platz noch Übung hatte. Ihre Situation ist gekennzeichnet von Überlastungen und vermehrten innerfamiliären Konflikten. Dabei sind die pandemiebedingten Belastungen nicht für alle gleich: Wirtschaftlich benachteiligte Familien in engen Wohnungen, mit schlechter Ausstattung und unsicheren Arbeitsverhältnissen, Alleinerziehende, kinderreiche und isolierte Familien trifft die Krise besonders hart. Lernen, Freizeit und Sozialkontakte finden zuhause in allen Familien zumeist nur beschränkt, virtuell und unter schlechten Bedingungen statt. Finanzen, Kinderbetreuung und Krisenintervention bilden dagegen den Kern öffentlicher Familienhilfen - zudem Angebote zu Urlaub (Auszeit) und Bildungs-(Aufhol-)Pakete.

Laut KiCo-Studie (Andresen et al. 2020) splittet sich der Erfahrungsumgang in einerseits reine Alltagsbewältigung unter verschärften Belastungen und Unsicherheiten, andererseits in offene Reflexion für Verbesserungen von Familienleben. Es liegt nahe, dass diese Vielfalt ein Abbild von sozial geprägten Verhaltensdispositionen ist.

Laut Prof. Baumann (FH Köln) bestehen Risikofaktoren für Konflikte und Gewalt da, wo statistisch die psychische Stabilität der Eltern (z. B. durch Konfliktlast, Kommunikationsmängel oder Suchtprobleme) sinkt, die Geschlechterinszenierung starr und hierarchisch gelebt wird und soziale Kontrolle in Verwandtschaft und Nachbarschaft fehlt. Betroffen sind zumeist Frauen und Kinder – insbesondere jüngere mit hoher Impulsivität.


Personalien

Wechsel an der Spitze von ZFF und AWO

Seit Oktober 2020 steht die erfahrene Kinder- und Familienpolitikerin Britta Altenkamp, MdL aus Nordrhein-Westfalen, an der Spitze des ZFF. Sie folgt damit auf Christiane Reckmann, Gründungsmitglied und langjährige Vorsitzende des ZFF, die den Verband fast 20 Jahre lang geführt und geprägt hat. Auch Wolfgang Stadler (AWO Bundesverband) und Renate Drewke (AWO Hagen-Märkischer Kreis) sind aus dem ZFF-Vorstand ausgeschieden. Neu- bzw. wiedergewählt sind Birgit Merkel (AWO Region Hannover) und Dieter Heinrich (PEV NW) als stellvertretende Vorsitzende sowie Selvi Naidu (AWO Bundesverband), Anita Leese-Hehmke (AWO Berlin), Jürgen Tautz (AWO Sachsen), Wolfgang Jörg, MdL (AWO Hagen-Märkischer Kreis) und Ines Albrecht-Engel (AWO Bezirk Hannover) als Beisitzer*innen.




Lernen, Freizeit und Sozialkontakte finden in der Pandemie zumeist nur beschränkt, virtuell und unter schlechten Bedingungen statt. Die AWO-Familienbildung in NRW hilft mit Angeboten zum Austausch und Impulsen.

AWO Familienbildung in NRW hat als Beispiel auf diese Problemstellungen schnell mit Angeboten zum Austausch und Impulsen zur Reflexion der Erfahrungen reagiert. Das offene Ohr, die Sensibilisierung, hilfreiche Ratschläge sowie das Gefühl, trotz physical distancing nicht allein dazustehen, hat vielen Eltern Mut und Unterstützung gegeben. Vielfach wurden auch Materialien zur Beschäftigung zuhause erstellt und verteilt. Gruppenangebote wie Elternstart NRW, Bewegungskurse oder zu Erziehungsfragen wurden soweit möglich auf digitale Formen umgestellt. Die Einrichtungen werden die laufenden Lockerungen und Transitionen als „Aufbruch zu neuen Lebensentwürfen für Eltern wie Kindern“ weiterhin proaktiv begleiten. 

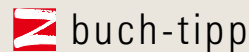
(Dieter Heinrich)



Im AWO Bundesverband erfolgte der Wechsel an der Spitze im Juni 2021: Der langjährige Vorsitzende des Präsidiums Wilhelm Schmidt verabschiedete sich, ihm folgt die Doppelspitze aus Kathrin Sonnenholzner und Michael Groß, MdB. Unsere ZFF-Vorsitzende Britta Altenkamp wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Hauptamtlich leitet seit Januar 2021 apl. Prof. Dr. jur. habil. Jur. Jens Schubert den Verband, der Wolfgang Stadler nachfolgt.

Wir danken allen Ausgeschiedenen für die hervorragende Zusammenarbeit und freuen uns auf weitere, kraftvolle Jahre der Zusammenarbeit mit den neuen Verbandsspitzen! 

(Selvi Naidu/Alexander Nöhring)




Das Unwohlsein der modernen Mutter

„Versorgerin, Businesswoman, Mom I'd like to Fuck – Mütter sollen alles sein und dabei bitte glücklich. Egal, ob es um Arbeit, Geld, Sex, Körper, Psyche oder Liebe geht (...). Dass unter diesem Druck das Wohlbefinden von Müttern leidet, ist kein Wunder“, so lässt sich die Kernbotschaft von Kaiser zusammenfassen.

In ihrem kürzlich veröffentlichten Buch geht sie den Erwartungen an Mutterschaft und dem gesellschaftlichen Druck auf Mütter in ganz unterschiedlichen Lebensbereichen auf den Grund. Dabei findet die Autorin in dem „Unwohlsein der modernen Mutter“ die Umschreibung eines Gefühls zunehmender gesellschaftlicher Anforderungen, die auf individueller Ebene nicht zu vereinbaren sind. Der Begriff des „Unwohlseins“ wird aus einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) aufgegriffen. Diese weist auf den Umstand hin, dass sich das Wohlbefinden von Müttern sieben Jahre nach Geburt des ersten Kindes bei einem Drittel der befragten Mütter deutlich verschlechtert (S. 87).

Kaiser sieht in dem mentalen Stress, unter dem besonders Mütter in der frü-

hen Familienphase leiden, ein Ergebnis gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, die der Sorge für sich und andere keinen angemessenen Raum bieten und vor allem Frauen mit der Verantwortung für Kinder oder Pflegebedürftige viel zu oft allein lassen. Ergebnis sind zu wenig Zeit für Zuneigung, zu wenig Zeit für sich selbst und für arme Mütter, oft Alleinerziehende, zu wenig Geld für ein gutes Leben in finanzieller Sicherheit. Die Autorin weist nicht nur auf strukturelle Entwicklungen und zahlreiche Studien zum Thema hin, sondern berichtet immer wieder berührend von ihrem Leben als getrennte Mutter mit Kind. Sie beschreibt dabei einen „Alltag, der vom Gefühl geprägt ist, nicht genug zu sein“ (S.44) im Job, in der Beziehung mit dem Kind oder im Freundeskreis. Völlig zu Recht hält Kaiser fest, dass diese Probleme nicht individuell gelöst werden können, sondern politische Veränderungen und Reformen verlangen.

War der Familienalltag schon vor der Corona-Krise eine Herausforderung, hat sich die Situation unter den aktuellen Bedingungen weiter zugespitzt und Ungleichheiten zwischen Geschlechtern, in Familien, zwischen Arm und Reich, deutlich zu Tage treten lassen. Kaiser konstatiert: „Die Auswirkungen der Corona-Krise und die Politik, die familienfeindliche Prioritäten setzt, werden wir alle – und noch viel mehr unsere Kinder – zu spüren bekommen.“ (S.224). Und so plädiert die Autorin überzeugend – und sehr lesenswert – für den politischen Einsatz für gesellschaftliche Bedingungen, die die Rolle von Sorge für sich selbst und andere, unabhängig von Geschlecht, Einkommen und sexueller Orientierung, in den Mittelpunkt stellen. 

(Anita Leese-Hehmke/Lisa Sommer)



Mareice Kaiser
**Das Unwohlsein
 der modernen
 Mutter**
 Rowohlt Polaris
 ISBN: 978-3-499-
 00349-3

»Familie ist ALLES!«

„Familie ist gelebte Vielfalt und essentiell für unsere Gesellschaft. Wir sehen aber, dass mit unterschiedlichen Familienformen immer noch Armutsrisiken verbunden sind – vor allem bei Alleinerziehenden und in kinderreichen Familien.

Familien brauchen nicht nur unsere Wertschätzung, sondern auch Geld, Zeit und Infrastruktur, sprich: ein Familienleben ohne Armut und ständigen Verzicht, mit wertvoller gemeinsamer Zeit und mit hochwertigen Angeboten und sozialen Dienstleistungen überall vor Ort. Während Corona haben Familien so viel aufgefangen. Jetzt muss die Politik liefern und sie massiv entlasten.“

apl. Prof. Dr. jur. habil.
Jens Schubert
 Vorstandsvorsitzender des AWO
 Bundesverbandes e.V.



 zukunftsforum
 familie e.v.

www.zukunftsforum-familie.de

 [facebook/zukunftsforum-familie](https://facebook.com/zukunftsforum-familie)

 twitter.com/zff_amilie

Impressum:

Herausgeber: Zukunftsforum Familie e.V.
 Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin
 Tel.: 030 259272820

E-Mail: info@zukunftsforum-familie.de
www.zukunftsforum-familie.de

[facebook/zukunftsforum-familie](https://facebook.com/zukunftsforum-familie)

twitter.com/zff_amilie

Ausgabe 31/2021

Redaktion: Dieter Heinrich, Anna Bruder, Ulrike Mewald,
 Alexander Nöhning, Janine Örs, Lisa Sommer

Nähere Informationen zu den Autor*innen der Artikel
 finden Sie auf der ZFF-Homepage.

Endredaktion und V.i.S.d.P.: Ulrike Mewald

Gestaltung: büro G29, Aachen

Titelbild: büro G29, iStock.com/sandipruel

„vielfalt familie“ erscheint einmal Mal jährlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Der Abdruck und die Vervielfältigung des Inhalts sind nach Absprache und bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt und erwünscht. Die aktuellen Ausgaben stehen unter www.zukunftsforum-familie.de zum kostenlosen Download bereit. Alle Rechte liegen beim Zukunftsforum Familie e.V.